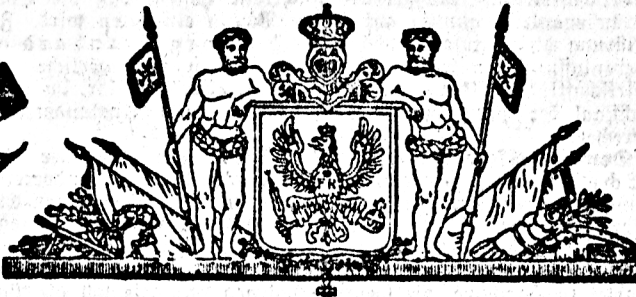


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ Sonntags-Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage Allgemeine Verlosungs-Tabelle Wochenkurszettel der Berliner Börse

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. in Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tags, zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. - Anzeigen Zeile 1,50 M. a 8 1/2%, Feuerzuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstraße 22-26 und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (m. Ausnahm. d. Handelsteils): V. J. Elbau in Bln.-Tempelhof

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech: Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Eingreifen Finnlands gegen Sowjetrußland

Rückkehr Mannerheims nach Helsingfors

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters mb Stockholm, 1. November.

Es muß mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß bereits morgen, spätestens aber am Montag, die amtliche Zustimmung Finnlands zur militärischen Intervention gegen Petersburg erfolgen wird. General Mannerheim, der beabsichtigt hatte, erst zu Weihnachten seine Rückreise aus Paris nach Finnland anzutreten, begibt sich schon in den nächsten Tagen nach Helsingfors. Nach einer gestern nacht hier eingelaufenen Meldung sollen die freiwilligen finnländischen Schützenkorps bereits Befehl erhalten haben, sich für eine militärische Aktion bereit zu halten.

Helsingfors, 1. November. (W. L. B.)

Die Minister der nordwestrussischen Regierung, Sjensow und Margulies, hatten in Helsingfors Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Stahlberg und den finnischen Ministern Bennola, Miski und General Endell. Die Konferenz gilt der eventuellen militärischen Hilfe Finnlands. Der Stabschef der russischen Murman-Armee, Oberst Archipow, ist zu Besprechungen mit der finnischen Militärleitung über gemeinschaftliche Operationen an der bolschewistischen Front hier eingetroffen.

Kopenhagen, 1. November.

Die aktivistische Partei Finnlands hat mit dem Senator Procopé einen Vorstoß gegen die Regierung unternommen, um das Land zu einem Angriff gegen Sowjetrußland zu veranlassen. Der Senator, der bereits zur Zeit des Bürgerkrieges als einer der Vertrauten Mannerheims bekannt war, fordert, daß Finnland Hilfe leisten müsse, wenn es durch Unterstützung von außen her (also Englands) die Sicherheit beläme, daß diese Hilfeleistung von Entschlo begleitet würde.

Neue Kämpfe bei Petersburg.

Ein Erfolg Judenitss bei Krasnoje Selo.

* Berlin, 1. November (Priszw).

Front des Generals Judenitss: Westlich von Krasnoje Selo gelang es einer starken Abteilung roter Truppen, unter Mitwirkung von Panzerwagen, unsere Stellungen südwestlich von Kopscha zu durchbrechen. Durch einen Gegenangriff unter Führung des Generals Permikin wurde die Lage wieder hergestellt. Unsere dortigen Truppen nahmen im Anschluß daran die Offensive auf, besetzten die Station Ripen und rücken auf Krasnoje Selo vor. Wir erbeuteten 1500 Gefangene und große Lebensmittelvorräte. Auf den übrigen Frontabschnitten keine Veränderung.

Front des Generals Denkin: Im Zentrum nahmen wir bei den Kämpfen östlich von Drel 500 Gefangene, 6 Geschütze und 29 Maschinengewehre. Westlich von Boronets drängen wir den Gegner zurück. Im Raume von Ilisti dauern hartnäckige Kämpfe an, bei denen der Gegner starke Kräfte ins Treffen führt. Auf dem linken Flügel bei Jarzyn wurde die 22. rote Schützen-Division von den Donkosaken umzingelt.

Bündnis der Randstaaten gegen Bermond.

Drahtmeldung.

Helsingfors, 31. Oktober. (W. L. B.)

Nach einer Meldung aus Riga haben Polen, Lettland und Litauen ein Abkommen über die Bekämpfung der Truppen des Generals Bermond abgeschlossen. Ein Vertrag zwischen Lettland und Estland kam nicht zustande. Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Daily Mail“ soll das alliierte Geschwader vor Riga verfrachtet worden sein, um die Letten zu unterstützen.

Abberufung der amerikanischen Abordnung?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Der Washingtoner Korrespondent des „Messagero“ berichtet, er erfahre aus gut unterrichteter halbamtlicher Quelle, daß die amerikanische Regierung beschlossen habe, die amerikanische Friedensabordnung aus Paris zurückzuberufen und die Behandlung der noch ungelösten Fragen in Washington fortsetzen zu lassen. (Eine ähnlich lautende Meldung bringt auch die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“.) In einer Besprechung dieser Meldung bezeichnet der der Regierung sehr nahe stehende „Messagero“ die Nachricht als aufsehenerregend, aber doch wahrscheinlich, weil Wilson auch im Weißen Hause tätigen Anteil an der Beratung wichtiger Fragen haben wollte; ferner bringe die durch den Widerstand des Senats geschaffene Lage die amerikanische Abordnung in Paris zumindest moralisch in eine peinliche Lage. Sollte man in Washington tatsächlich einen solchen Beschluß gefaßt haben, so müßten dadurch, meint der „Messagero“ weiter, die Entscheidungen bedeutend verzögert werden, was besonders bedenklich sei angesichts der Verdüsterung der französisch-englischen Beziehungen. Welcher Art diese Verdüsterung ist, wird nicht gesagt.

Freigeleitscheine für alle Ostseehäfen.

Mitteilung der interalliierten Marinekommission.

Berlin, 1. November. (W. L. B.)

Nach einer solchen eingegangenen Mitteilung der interalliierten Marinekommission (Panac) werden Freigeleitscheine nunmehr außer für dänische auch für die übrigen Ostseehäfen auf Antrag bewilligt werden, sofern die Schiffe sich nicht mit militärischen Operationen befassen. Es empfiehlt sich, bei den bekannten Stellen für jede einzelne Fahrt die erforderlichen Anträge zwecks Weitergabe an „Panac“ zu stellen.

Der deutsch-englische Handel.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 31. Oktober.

Im Unterhause erklärte Bridgeman im Namen des Handelsministeriums, daß es sehr erwünscht sei, wenn englische Kaufleute sich alle Mühe gäben, auf dem deutschen Markt festen Fuß zu fassen. Eine englische Handelskommission sei in Berlin bereits errichtet, der in kürzester Zeit zwei andere Kommissionen folgen sollen. Dem Oberbefehlshaber der englischen Truppen in Köln ist ein Vertreter des Handelsministeriums beigegeben worden.

Rechts wie links.

Von Julius Eiban.

Auf der Leipziger Tagung der Deutschen Volkspartei hat Dr. Stresemann erklärt, das Verhältnis zu der deutschnationalen Nachbarpartei lasse sich erst dann endgültig bestimmen, wenn deren Entwicklung geklärt sei. Ihre Zusammensetzung aus konservativen, deutschvölkischen und liberalen Bestandteilen mache es außerordentlich schwierig, ihren Charakter genau zu bestimmen. Diese Darstellung war zweifellos für die ersten Monate des Bestehens der Deutschnationalen zutreffend. Man kann sagen, daß ursprünglich das Bestreben bestand, eine scharfe Scheidelinie nach links zu vermeiden und ein Parteigebilde zu schaffen etwa nach dem Vorbild der englischen „Unionisten“, eine Volkspartei umfassender Art, ohne innere Gemeinsamkeit mit den allen preußischen Konservativen, deren kurzfristiger Parteiegoismus so viel zum Sturz der Monarchie beigetragen hat. Für diese Tendenzen, als deren Träger neben dem Abgeordneten v. Kardorff der frühere Minister Hergt auftrat, ist eine etwas boshafte Aeußerung der Zeitschrift „Die Tradition, Wochenschrift für aristokratische Politik und preußische Staatsauffassung“ bezeichnend. Das altkonservative Organ erklärt, die bedenkliche „Rutschpartei“ der Deutschnationalen nach links habe lediglich durch das selbständige Hervortreten der Deutschen Volkspartei ein Ende gefunden. „Die Deutschnationale Volkspartei sah sich schließlich, nachdem auch Damaschkes Bodenreformer und die Plonisten sich wieder zurückgezogen hatten, auf den Zusammenschluß der beiden früheren konservativen Parteien der Christlich-Sozialen und Antisemiten sowie einiger anderer kleinerer Parteispitzer ähnlicher Richtung beschränkt.“

Auf dem Niederschlesischen Parteitag der Deutschen Volkspartei, die am 28. Oktober in Liegnitz stattfand, hat nur Staatsminister Hergt eine Rede gehalten, die wohl die von Dr. Stresemann gewünschte „Klärung“ herbeiführen wird. Nach dem wörtlichen Bericht, den die Blätter der Rechten veröffentlichten, hat er mit besonderem Nachdruck betont, daß jede Mittelpartei von vornherein zum Tode verurteilt sei und eine Existenzberechtigung entföhre.

„Denn eine Mittelpartei wird immer laodieren müssen, immer schwanken zwischen dem einen oder anderen Flügel und, wie die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, dann regelmäßig nach links hinabzurutschen, dem Abgrunde zu. Nur dann können wir uns selbst vor diesem Schicksal bewahren, wenn wir uns rechts fest verankern, wenn wir auf unserem rechten Flügel wie von einem Turm gehalten werden, der uns vor dem Hinabzurutschen bewahrt, wenn wir auch sonst die Brücke nach links so weit hinüberstrecken als nur irgend möglich ist!“

Nur eine ausgeprägte Rechtspartei könne zielbewusste Arbeit leisten. Mit einem Wort: die Deutschnationale Volkspartei hat sich rechts „verankert“. Die Rutschpartei ist zu Ende. Der Sturmwind, der sich vor Jahresfrist erhob, hat sich gelegt, und dieselben Leute, die damals das Wort „Für Kaiser und Reich“ aus ihrer Firma strichen, tun so, als seien sie stets die Alten geblieben, furchtlos und treu.

Die Deutschnationale Volkspartei glaubt als ausgesprochen „rückwärtsichtige Partei günstige Wählerfolge zu erzielen. „Wir brauchen“, so erklärte Minister Hergt, „uns nur die gewaltigen Bewegungen, die durch das Volk gehen, zu unseren Gunsten nutzbar zu machen.“ Als solche Bewegungen nannte der Redner vor allem die monarchische. Wir haben für die Gefühle der Anhänglichkeit an die frühere Staatsform den Respekt, und wir verkennen nicht die großen ethischen Verdienste der Dynastie um Preußen und Deutschland. Aber die Leute, die jetzt so tun, als sei alle Größe und alles Glück an die Staatsform geknüpft, verjassen absichtlich, was sie selbst an der Entwicklung der letzten Jahrzehnte getadelt haben. Auf dem Gebiet der äußeren wie der inneren Politik haben die Kreise, die sich jetzt nur an die Rücksichten der Vergangenheit erinnern wollen, die bitterste und schärfste Kritik erlitten. Demals konnte man nichts davon hören, daß die Monarchie die Gewähr für eine „festige Politik“ biete, und den altpreußischen Tugenden der Sparsamkeit und der schlichten Pfllichterfüllung wurde als Gegenbild die Brunstliebe und der Monotonismus der wilhelminischen Ära gegenübergestellt. die in der Verwaltung und im Heer immer weiter und tiefer um sich fraßen. Heute soll das alles ausgetilgt sein, und alle Uebel sollen lediglich das Werk der „Kaiserlosen, der schändlichen Zeit“ sein.

Die Deutschnationale Volkspartei erhofft auch von der gewaltigen berufsständischen Bewegung eine Unterstützung. Gerade diese Bewegung aber ist ein Beweis dafür, daß vernünftige Gedanken sich keineswegs parteipolitisch monopolisieren lassen. Die Notwendigkeit neben der politischen Vertretung die berufliche Gliederung des Volkes zur Geltung zu bringen, ist seit langem auch in sozialistischen und demokratischen Kreisen auf das entschiedenste betont worden. Es sei nur an den Gedanken der „Kammer der Arbeit“ erinnert, der zugleich den gesunden Kern der Arbeiterherauschälte und für eine Politik des organischen Aufbaus nutzbar zu machen suchte. In einer der letzten